

# Unsere Anträge für die Landtagssitzung September 2020

[www.linksfraktionmv.de](http://www.linksfraktionmv.de)



## **Aussprache: Aus der Krise in die Zukunft – Kultur ist Pflicht**

Die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben die Kulturlandschaft ins Mark getroffen. Manche meinen, es sei gerechtfertigt, sich in Krisenzeiten auf das Lebensnotwendige zu konzentrieren. Die Pandemie hat aber doch gezeigt, dass kulturelle Angebote dazugehören. Es wäre ein Desaster, wenn kulturelle Einrichtungen dauerhaft schließen müssten. Wir alle haben die Erfahrung gemacht, dass Kultur, die gestrichen ist, nicht zurückkehrt. Was einmal weg ist, kommt nicht wieder. Es ist jetzt höchste Zeit, endlich darüber zu verhandeln, Kultur nicht mehr als bereicherndes Extra zu betrachten, sondern als unverzichtbaren Bestandteil unseres Zusammenlebens.

## **Sanierungsstau an Schulen beenden - Schulbauprogramm auflegen**

- [Drucksache 7/5359](#)

Putz rieselt von den Decken, es herrschen Hygienemängel wegen kaputter Sanitärbereiche, Brandschutzaufgaben können nicht erfüllt werden, Schülerinnen und Schüler sitzen beengt in zu kleinen Klassenräumen und Containern – all das ist seit Jahren Alltag an vielen Schulen des Landes. Der Investitionsbedarf an den Schulgebäuden des Landes beträgt nach Angaben des Städte- und Gemeindetages mindestens 1,5 Mrd. Euro. Das Land muss endlich den Bedarf analysieren, Prioritäten ermitteln, zusätzliches Geld in die Schulen stecken und ein langfristiges und verlässliches Schulbauprogramm auflegen von dem alle Schulträger etwas haben. Mit einer Schulbaurichtlinie erhalten die Kommunen zudem Planungs- und Investitionssicherheit in die Schulen.

## **Potenziale nutzen - Pflicht zum Bau von Solaranlagen einführen**

- [Drucksache 7/5273](#)

Mecklenburg-Vorpommern nutzt die Potentiale, die die Sonnenenergie bietet nur zu einem marginalen Teil. Mit der Pflicht zum Bau von Photovoltaikanlagen auf Nichtwohngebäuden und Parkplatzflächen soll der Photovoltaikausbau im Gebäudesektor gezielt gestärkt, eine effiziente Nutzung offener Stellplatzflächen befördert und ein Anreiz zur weitergehenden Sektorenkopplung gegeben werden.

## **Klare Regeln für die Sicherheit an Badestellen in Mecklenburg-Vorpommern schaffen - [Drucksache 7/5313](#) –**

Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, gerade im Ehrenamt, brauchen Sicherheit im Umgang mit bzw. bei der Ausgestaltung von kommunalen Badestellen. Diesbezüglich herrscht nach Gerichtsurteilen rechtliche Verunsicherung. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, gemeinsam mit allen Beteiligten, insbesondere mit dem kommunalen Versicherer sowie dem Städte- und Gemeindetag eine rechtskonforme und praktikable Handhabung zu entwickeln. Ein landesweites „Baden verboten“ ist keine Lösung.

## **Mindeststandards für Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte verbessern - [Drucksache 7/5356](#) -**

Mehr als 3500 Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Geflüchtete leben in Mecklenburg-Vorpommern in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften. Sie leben dort oft auf engstem Raum und oft mit mehreren Personen in einem Zimmer. Kein Wunder, dass sich das Corona-Virus dort früh und schnell ausbreiten konnte. Eine erhöhte Gesundheitsgefährdung für Infektionskrankheiten besteht generell durch die gemeinschaftliche Nutzung von Küchen, Waschräumen und Sanitäreinrichtungen. Rückzug, Abstand und Selbstisolation sind so gut wie nicht möglich. Die Wohnsituation stellt generell, auch außerhalb der Pandemie ein Problem dar. Mangelnde Privatsphäre und wenig Schutz vor Übergriffen sind Dauerzustand. Um die Unterbringungsbedingungen nachhaltig zu verbessern, Gesundheitsgefährdungen zu minimieren und Infektionskrankheiten vorzubeugen, sind die Mindeststandards der Unterbringung für alle Unterkünfte grundlegend zu verbessern. Wir fordern mehr Platz für jede Person in Wohn- und Schlafräumen, bei bevorzugter Vergabe von Einzelzimmern. Gemeinschaftlich genutzte Räume müssen so angelegt werden und vorhanden sein, dass die Nutzungsfrequenz ein vertretbares Maß nicht überschreitet. Acht Menschen an einem Herd finden wir zu viel. Ein Krankenzimmer pro Unterkunft finden wir zu wenig.

## **Bildung und Teilhabe von jedem Kind und Jugendlichen sicherstellen - Kindergrundsicherung einführen - [Drucksache 7/5357](#)**

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die Hartz-IV-Regelsätze für Kinder und Jugendliche völlig unzureichend berechnet sind. Das Bildungs- und Teilhabepaket ist nur Stückwerk und kann den grundsätzlichen Mangel nicht beheben. Das Bundesverfassungsgericht hat kürzlich festgestellt, dass das Bildungs- und Teilhabepaket neu geregelt werden muss, da die Kommunen übermäßig belastet werden. Diese Entwicklungen müssen zum Anlass genommen werden, das System der Sozialleistungen für Kinder und Jugendliche zu überarbeiten und auf die Einführung einer bedarfsgerechten Kindergrundsicherung für alle Kinder zu orientieren.

## **Eigenanteile in Pflegeheimen umgehend senken und begrenzen - [Drucksache 7/5358](#)**

Die Eigenanteile der Bewohnerinnen und Bewohner in stationären Pflegeeinrichtungen sind in den vergangenen Jahren exorbitant gestiegen und liegen derzeit pro Person durchschnittlich bei 1.564 Euro im Monat (vdek). Die Fraktionen des Landtages haben sich in der Landtagssitzung im August 2020 auf unseren Antrag darüber verständigt, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Die Eigenanteile müssen gesenkt und nachhaltig begrenzt werden, wofür Finanzierung und Zuständigkeiten neu zu regeln sind. Wir fordern eine eigene Initiative des Landes im Bundesrat einzubringen, um die Kosten für die medizinische Behandlungspflege vollständig durch die Krankenkassen zu finanzieren. Das spart direkt Geld bei den Heimbewohnerinnen und -bewohnern, die dann nicht mehr aus eigener Tasche gegenfinanzieren müssen. Außerdem wollen wir eine detaillierte Unterrichtung zu den Unterkunft- und Investitionskosten, die sich in den Eigenanteilen niederschlagen, um hier zielgenau vorzugehen. Erstrebenswert sind am Ende gedeckelte Eigenanteile von wenigen hundert Euro im Monat. Eine Rente muss dafür ausreichen und genug Geld für eigene Ausgaben und Lebensqualität übrigbleiben.

## **Versorgungssicherheit verbessern - Impfgipfel durchführen - [Drucksache 7/5360](#)**

Impfen rettet Leben! Die Corona-Pandemie macht einmal mehr deutlich, wie wichtig das Impfen ist. Auch die Versorgung mit Impfstoffen und deren Verteilung im Land muss besser abgestimmt werden. Dazu braucht es Treffen aller Verantwortlichen.

## **Unterrichtung: Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern**

Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen werden in Mecklenburg-Vorpommern noch immer zu wenig berücksichtigt. So ist Kinderarmut ein großes Problem, Beteiligungsrechte sind kaum vorhanden oder die Mobilität ist besonders im ländlichen Raum kaum gewährleistet. Zur Auseinandersetzung mit derartigen Fragen forderte unsere Fraktion deshalb die Einsetzung einer Enquetekommission zum Thema Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern. Leider verschloss sich die Koalition von SPD und CDU diesem Ansinnen. Die Fraktionen entschlossen sich aber eine Anhörungsreihe mit insgesamt sechs thematischen Anhörungen in zwei Blöcken durchzuführen. An diesen Anhörungen wirkten neben Sachverständigen auch die Jugendlichen selbst mit.

## **Plan B für Altschuldenentlastung entwickeln - [Drucksache 7/5361](#)**

Seit 30 Jahren schleppen ostdeutsche Wohnungsunternehmen und Kommunen Altschulden mit sich herum, die aus Krediten des DDR-Wohnungsbaus stammen. Auch bei Leerstand oder erfolgtem Rückbau sind die Schulden weiter zu begleichen. Wohnungsunternehmen in strukturschwachen Räumen haben kaum Möglichkeiten, diese Altschulden zu tilgen. Sie kämpfen mit Leerstand und vermieten preiswert. Sie haben zu wenig Eigenmittel und eine viel zu hohe Schuldenlast, um investieren zu können. Somit werden Wohnraum und Wohnumfeld zunehmend unattraktiver und immer weniger bedarfsgerecht - z. B. barrierefrei. Um guten Mietwohnraum auch in Kleinstädten innerhalb strukturschwacher ländlicher Räume auf Dauer zu sichern, brauchen Wohnungsunternehmen mehr Handlungsfähigkeit. Die Altschulden müssen wenigstens beim Rückbau erlassen und die vollen Rückbaukosten gefördert werden.

## **Grundsicherung für Arbeitssuchende sowie im Alter und bei Erwerbsminderung zum 1. Januar 2020 bedarfsgerecht anheben - [Drucksache 7/5362](#)**

Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, sich beim Bund für eine höhere Grundsicherung einzusetzen. Kleingerechnete Regelsätze helfen niemandem, sie benachteiligen und vergrößern das Elend nur. Nach 15 Jahren dürfte jeder Politikerin und jedem Politiker klar sein, dass ein dauerhaftes Leben von und mit Hartz-IV und dem Hartz-IV-System keine positive Wirkung hinterlässt. Hartz-IV gehört abgeschafft – und dazu gehört eine Grundsicherung, die tatsächlich die Existenz und die Teilhabe sichert.

## **Förderung von Erdöl und Erdgas im Küstenmeer verhindern**

- [Drucksache 7/5363](#)

Im August 2020 teilte das Obergerverwaltungsgericht Greifswald mit, dass Teile der Landesverordnung über das Landesraumentwicklungsprogramm unwirksam sind. Damit hat das OVG in Greifswald eine Suche und eventuelle Förderung von Öl und Gas im Küstenmeer von Mecklenburg-Vorpommern durch die Firma CEP künftig ermöglicht. In der Begründung des LEP M-V 2016 heißt es, „Die südliche Ostsee ist insbesondere aufgrund ihrer geringen Ausdehnung ein besonders anfälliges Ökosystem. Das Risiko einer Verunreinigung mit entsprechenden Folgen für Natur, Umwelt und Tourismus soll durch den Ausschluss der Förderung von Erdöl und Erdgas im Küstenmeer ausgeschlossen werden.“ Dem hatte sich das Parlament angeschlossen und die Planungsregionen angeschlossen. Ein bloßes Bedauern der Landesregierung, dass der erstmalige Versuch mittels der Raumplanung Bohrtürme für Gas- oder Ölförderung auf der Ostsee zu untersagen, nicht durchdringen konnte, reicht nicht aus. Wir wollen keine Förderung von Öl und Gas im Küstenmeer!